

GEMEINDE HUDE (OLDB.)

BEBAUUNGSPLAN NR. 29

2. Änderung

Präambel

Auf Grund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches i. V. m. § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) hat der Rat der Gemeinde Hude die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 29, bestehend aus der Planzeichnung und den nebenstehenden textlichen Festsetzungen, als Satzung beschlossen.

Hude, den 15.07.93

gez. Pflug
Bürgermeister

L.S.

gez. Heinenmann
Gemeindedirektor

Verfahrensvermerke

Der Rat der Gemeinde Hude hat in seiner Sitzung am 9.7.1990 die Aufstellung der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 29 beschlossen. Der Aufstellungsbeschluß ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am 10.11.1990 ortsüblich bekanntgemacht.

Hude, den 15.07.93

gez. Heinenmann
Gemeindedirektor

Kartengrundlage: Liegenschaftskarte Gemarkung Hude, Flur 25, Maßstab 1:1.000; Herausgeber: Katasteramt Oldenburg

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 21.11.1991). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei. Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Örtlichkeit ist einwandfrei möglich.

Oldenburg, den 22.6.1993

VP 3/91

gez. Konrad
i. V. Verm. Oberamt

L.S.

Katasteramt Oldenburg

Der Entwurf wurde ausgearbeitet von Nord-West-Planungsgesellschaft mbH * Donnerschweer Straße 4 * 2900 Oldenburg

Der Beschluß über die Auslegung des Entwurfs der 2. Änderung des Bebauungsplanes und der Begründung erfolgte am 12.1.1993. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 14.1.1993 ortsüblich bekanntgemacht. Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung haben vom 21.1.1993 bis 22.2.1993 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen.

Hude, den 15.7.93

gez. Heinenmann
Gemeindedirektor

Der Rat der Gemeinde hat die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 29 nach Prüfung der Bedenken und Anregungen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am 2.3.1993 als Satzung (§10 BauGB) sowie die Begründung beschlossen.

Hude, den 15.7.93

gez. Heinenmann
Gemeindedirektor

Die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 29 ist gemäß § 11 Abs. 1 und 3 BauGB am 19.07.93 angezeigt worden. Für die 2. Änderung wurde eine Verletzung von Rechtsvorschriften gemäß § 11 Abs. 3 BauGB mit Maßgaben / mit Ausnahmen der durch kenntlich gemachten Teile nicht geltend gemacht.

Wildeshausen, den 14.10.93

L.S.

gez. Eibes
Aufsichtsbehörde

Der Rat der Gemeinde ist den in der Verfügung vom (Az.) aufgeführten Auflagen/Maßgaben/Ausnahmen in seiner Sitzung am beigetreten. Der Bebauungsplan hat wegen der Auflagen/Maßgaben vom bis öffentlich ausgelegen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am ortsüblich bekanntgemacht.

Hude, den

Gemeindedirektor

Die Durchführung des Anzeigeverfahrens der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 29 ist gemäß § 12 BauGB am 03.12.93 im Amtsblatt Nr. 48 bekanntgemacht worden. Die 2. Änderung ist damit am 03.12.93 rechtsverbindlich geworden.

Hude, den 13.12.93

gez. Heinenmann
Gemeindedirektor

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 29 ist eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen der 2. Änderung nicht geltend gemacht worden.

Hude, den

Gemeindedirektor

Innerhalb von sieben Jahren seit Inkrafttreten der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 29 sind Mängel der Abwägung nicht geltend gemacht worden.

Hude, den

Gemeindedirektor

WA Allgemeines Wohngebiet

1 Zahl der Vollgeschosse

0,3 Grundflächenzahl

0,3 Geschossflächenzahl

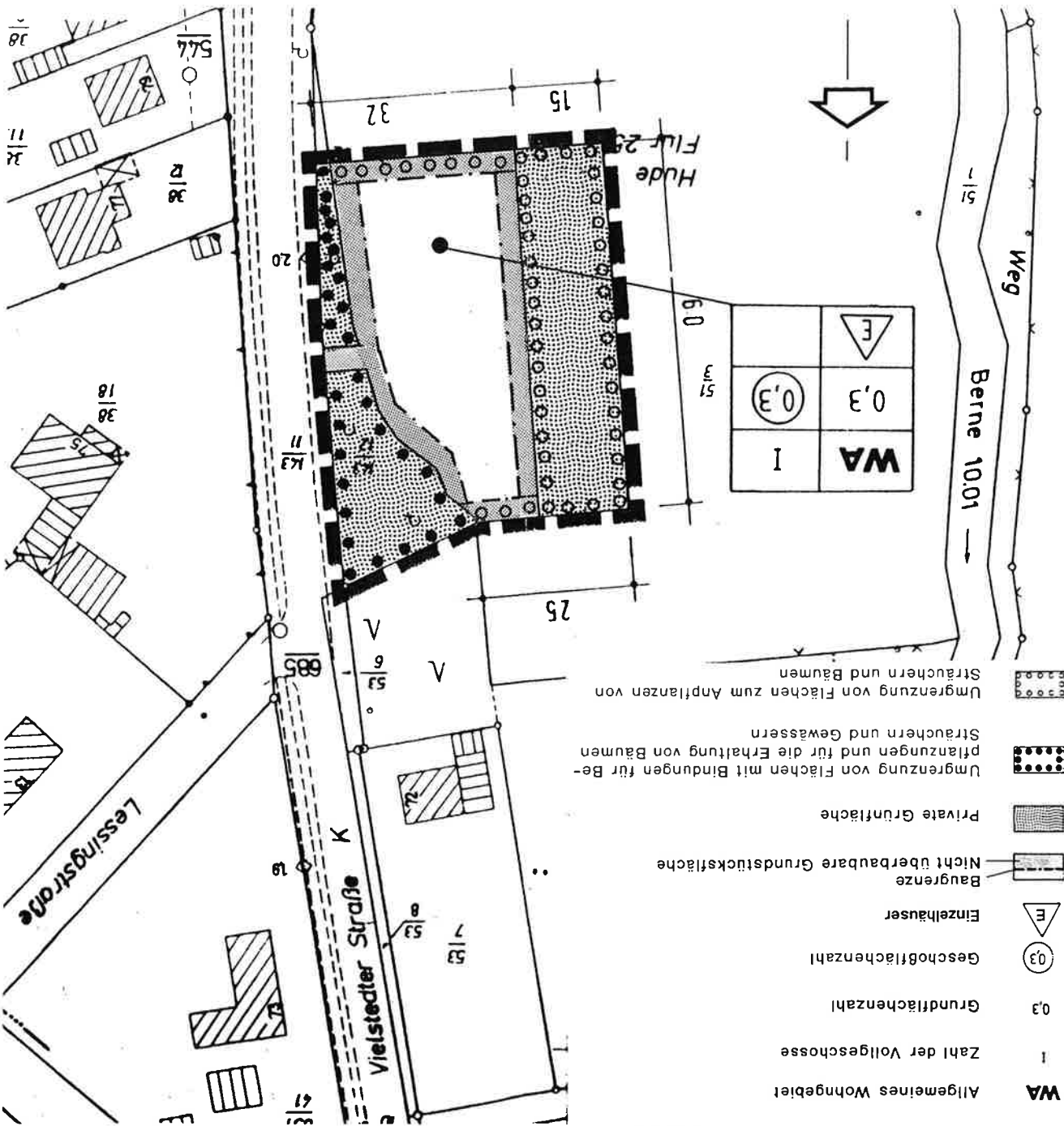
E Einzelhäuser

Baugrenze Nicht überbaubare Grundstücksfläche

Private Grünfläche

Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen und Sträuchern und Gewässern

Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Sträuchern und Bäumen



Textliche Festsetzungen

1. Im allgemeinen Wohngebiet sind gem. § 1 (6) BauNVO Tankstellen nicht zulässig.
2. Im allgemeinen Wohngebiet sind maximal zwei Wohnungen pro Wohngebäude zulässig.
3. Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO sind gem. § 23 BauNVO nur auf den überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.
4. In den am südlichen und am nördlichen Plangebietsrand gem. § 9 (1) Nr. 25 a) BauGB festgesetzten Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern sind standortgerechte und heimische Gehölze anzupflanzen; alle 5 Meter ist die Pflanzung von einem Baum oder zwei Sträuchern vorzunehmen.
5. In der am westlichen Plangebietsrand gem. § 9 (1) Nr. 25 a) BauGB festgesetzten Fläche zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern sind standortgerechte und heimische Gehölze in Gruppen anzupflanzen; pro angefangene 50 qm ist die Pflanzung von einem Baum oder zwei Sträuchern vorzunehmen.
6. In den gem. § 9 (1) Nr. 25 b) BauGB festgesetzten Flächen mit Bindung für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen und Sträuchern sind die vorhandenen Gehölze zu erhalten.